





VENEZUELA

Räte gegen Reaktion

Ein schwieriges Wahlergebnis in Venezuela: Nach Verlust der Zwei-Drittel-Mehrheit der Chavisten wollen Kommunisten bis Ende des Jahres Gesetz zur Arbeiterkontrolle verabschieden.

Von HELGE BUTTKEREIT.

NACH DEN nackten Zahlen zu urteilen, ist dieses Ergebnis eine Niederlage. Die kommunistische Partei Venezuelas (PCV) wird künftig nur noch mit einem Abgeordneten und fünf Stellvertretern in der Nationalversammlung vertreten sein. Oscar Figuera wird künftig allein die Fahne mit dem »roten Hahn«, dem Symbol der venezolanischen Kommunisten, in der Nationalversammlung hoch halten. Nach der Parlamentswahl im Jahr 2005 saßen neben dem Parteichef noch sieben weitere Kommunisten im Parlament, im Laufe der Legislaturperiode ist die Fraktion insbesondere auch aufgrund von Übertritten zur Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) auf drei Mitglieder geschrumpft.

Arbeiterkontrolle – Grafitto als Forderung im seit knapp zwei Jahren besetzten Vivex-Werk in Barcelona im Osten Venezuelas. FOTO: HB

Schon weil die Opposition die vergangenen Wahlen boykottiert hatte und jetzt wieder mit einer recht starken Fraktion von mehr als einem Drittel der Abgeordneten vertreten sein wird, relativiert sich dieses auf den ersten Blick schlechte Ergebnis ein wenig. Schließlich hat auch die PSUV als Bündnispartner von Präsident Hugo Chávez bei dieser Ausgangslage erheblich an Sitzen verloren. Die erhoffte Mehrheit von zwei Dritteln der Parlamentarier wurde klar verfehlt, landesweit erreichte die Allianz aus PSUV, PCV, Tupamaros und UPV (Vereinigte Volksallianz) gerade einmal 48,5 Prozent der Listenstimmen und damit nur ein Prozent mehr als der »Tisch der demokratischen Einheit«, ein Bündnis von Parteien der extremen Rechten bis hin zu Sozialdemokraten und ehemaligen linken Guerilleros, die allein die Gegnerschaft zum Präsidenten eint. Die Opposition wird nun vermutlich versuchen, ↵

in den kommenden zwei Jahren bis zur Wahl eines neuen Staatschefs einen erfolgversprechenden Gegenkandidaten aufzubauen. Inwieweit das aber in diesem heterogenen Bündnis gelingen kann, ist unklar.

Kommunisten landesweit präsent

Auf einen internen Streit der Opposition aber sollten sich die Regierungspartei und ihre Partner nicht verlassen. Für sie kommt es jetzt darauf an, den Prozess der »Bolivarischen Revolution« weiter zu vertiefen, die seit der Wahl von Präsident Hugo Chávez vor knapp zwölf Jahren in Venezuela vorangetrieben wird. Vor allem von Chávez. Aber auch Venezuelas Kommunisten haben einiges geleistet. Und einiges vor. Schließlich gehe es nicht um die Zahl von Personen, meint Carolus Wimmer vom Politbüro der Partei gegenüber der Volksstimme. Er selber ist als Abgeordneter des Parlaments, dem lateinamerikanischen Parlament mit Sitz in Panama-Stadt, wiedergewählt worden. Es gehe seiner Partei statt um Personen um die Massarbeit, die ideologische Schulung der Arbeiterklasse.

»Wir stehen zu 100 Prozent hinter diesem Prozess«, sagt Wimmer. Das bedeute aber nicht, dass von Seiten seiner Partei nicht auch Kritik an der konkreten Politik geübt werden würde. Im Gegenteil. Dafür, dass die Kommunisten auch einmal eine andere Meinung als Chávez vertreten, sind sie bei den Menschen und auch den Medien in Venezuela bekannt. Regelmäßig kommt eine große Zahl an Journalisten zu den Pressekonferenzen der Partei. Am Montag vor der Wahl Ende September beispielsweise verkündete Wimmer vor acht Kameras den Wahlauftritt der PCV. »Die können uns nicht ignorieren«, sagt er. »Sie würden das gerne, aber da hilft uns jetzt das Bündnis mit



der PSUV.« War vor zehn Jahren nur die Kamera der Parteizeitung dabei, stehen jetzt Teams von Regierung und Opposition nebeneinander. Der staatliche Kanal VTV berichtet zuweilen live aus dem Haus der Kommunistischen Partei.

Die Medienpräsenz zeigt die Bedeutung der Partei in Venezuela, der es nicht um den Ruhm, sondern um die konkrete Politik gehe. »Wir treten immer für die Rechte der Arbeiter ein«, sagt das erfahrene Politbüromitglied, das 1970 aus München nach Venezuela ausgewandert ist. Auch der Nachwuchs der Partei steht für die enge Verbindung zum Proletariat. »Es braucht für die Revolution eine kommunistische Partei als Unterstützerin der Arbeiterklasse«, meint Janohi Rosas. Die 24-jährige ist Sekretärin der JCV, des Jugendverbandes der Kommunisten. Sie verweist auf die jahrelange Erfahrung des Kampfes der Kommunisten, ob in der Guerilla, ob in der Illegalität oder in der Opposition im Parlament. »Jetzt sind wir dabei, die Früchte unserer

Aktivist Luis Pera von der besetzten Fabrik Vivex in Barcelona erklärt die Funktion des Ofens, mit dem die Frontscheiben für Autos in die richtige Form gebracht werden. Der Ofen ist derzeit außer Funktion, nachdem er vor einigen Wochen von einem Saboteur manipuliert wurde. Dadurch wird die Arbeit der Fabrik sehr erschwert, die nach ihrer Besetzung Ende 2008 im Februar dieses Jahres als Kooperative der verbliebenen Arbeiter ihren Betrieb wieder aufgenommen hat und immerhin 120 bis 150 Frontscheiben im Monat produzieren kann. FOTO: HB.

unermüdlichen Arbeit zu ernten«, so Rosas beim Fest zu Ehren des 63. Gründungstags ihrer Jugendorganisation kurz vor der Wahl.

Wie üblich in Venezuela dankte sie und ihre jungen Genossen dabei dem »Befreier« des Landes Simon Bolívar. Auf dem zentralen Platz der Stadt direkt am Parlament wurde ihm zu Ehren ein Gebinde zu den Füßen der Statue platziert und die Parteihymne gesungen. Bolívar



Hugo Chávez und die PSUV-Kandidaten aus Caracas ziehen auf einem offenen Wagen durch die Stadt, vor ihnen Fahnen der Kommunistischen Partei Venezuelas.

FOTO: HB

und der Sozialismus, das gehört in Venezuela zusammen. Nicht nur beim Präsidenten. Die Worte von Marx interessieren die Kommunisten in Venezuela nicht. Er bezeichnete Bolívar einst als »den feigsten, gemeinsten, elendesten Lump« und warf ihm vor, in den von ihm befreiten heutigen Staaten Venezuela, Peru, Bolivien, Kolumbien und Ecuador eine Diktatur unter seiner Führung errichten zu wollen. Das sehen die Venezolaner anders. Für sie strebte Bolívar die Unabhängigkeit des Kontinents an, die nun erst unter Chávez und seiner Opposition gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten in den Augen der Aktivisten wirklich erreicht werden kann. Bolivarismus und Marxismus schließen einander in Venezuela nicht aus, der Freiheitskämp-

fer ist auch ein Held der jungen Kommunisten.

Vertiefung des Prozesses nötig

In ihren Augen, aber auch in den Augen der Parteiführung ist die Vertiefung des Prozesses dringend nötig. Gerade seine Verankerung in der Arbeiterklasse. Während die Bolivarische Revolution bislang vor allem von den Armen in den Barrios, den Elendsvierteln der Großstädte getragen wird, sei die Arbeiterklasse entscheidend für den Fortgang der Revolution, sagt Wimmer. Auch wenn sie wie in Venezuela recht klein ist. Deswegen setze seine Partei darauf, jetzt schnell Gesetze in der Nationalversammlung zu verabschieden, die für die Arbeiter besondere Bedeutung haben. Zum einen geht es dabei um ein neues Arbeitsgesetz, das die Rechte und den Schutz der Arbeiter stärkt. Zum anderen geht es um das Gesetz zu neuen Arbeiterräten, die die Kontrolle in den staatlichen Unternehmen übernehmen, aber auch in kapitalistischen Betrieben



Die Abgeordneten der KP Venezuelas Figueira und Wimmer. FOTO: PCV

für eine Demokratisierung sorgen sollen.

Während die Organisation der Volksmacht, insbesondere die kommunalen Räte (Consejos Comunales) bereits von unten her versuchen, mit Unterstützung des Präsidenten einen neuen »kommunalen« Staat parallel zu den alten bürokratisch-kapitalistischen Strukturen aufzubauen, ist die Arbeiterkontrolle zwar in einigen Fällen bereits verwirklicht, noch nicht aber in einem landesweiten Gesetz verankert. Ein Vorschlag der PCV liegt hierfür wie auch für das neue Arbeitsgesetz vor. Offensichtlich verzögert

↳ VENEZUELA eine reformistische Fraktion innerhalb der PSUV die Verabschiedung dieses Gesetzes. Nach der Wahl mit der relativen Niederlage der Allianz bleibt nicht mehr viel Zeit. Denn fortan können keine »organischen Gesetze« (Gesetze, die mit Zweidrittel-Mehrheit verabschiedet und dann auch nur noch mit einer solchen gekippt werden können) mehr ohne die Opposition verabschiedet werden. Und die wird bei einer weiteren gesetzlichen Verankerung des Sozialismus kaum mitmachen.

Dabei ist es innerhalb der bolivari-schen Bewegung umstritten, ob das Gesetz zu den Arbeiterräten derzeit überhaupt sinnvoll ist. Gonzalo Gomez, Aktivist der linken Strömung Marea Socialista in der PSUV ist gegen ein Gesetz, wenn dieses nicht die Vertiefung des Kampfes der Arbeiter für eigene Räte widerspiegelt. Damit würde nur wieder von oben etwas den Arbeitern vorgegeben werden. Der Protagonismus und die Partizipation der Arbeiter, den beiden wichtigsten Prinzipien der Bolivarischen Revolution, könne nicht durch ein Gesetz in der Nationalversammlung durchgesetzt werden. Dies ist zweifellos richtig. Dagegen steht aber in Teilen die konkrete Praxis der Arbeiter, die sich an einigen Stellen bereits zu Arbeiterräten formieren oder solche bilden wollen. So hat in der vor einem Jahr verstaatlichten Kaffeefabrik »Fama de América« zwar nach der Übernahme der Produktion durch den Staat ein vom Ministerium eingesetzter Direktor die Leitung übernommen. In der Woche vor der Präsidentschaftswahl hat sich aber ein Vorbereitungs-komitee für einen Arbeiterrat gebildet, berichtet Gustavo Martinez von der Betriebs-gewerkschaft.

PCV-Gesetz als Vorbild

Die Arbeiter von Fama de América wollen einen Rat bilden, um dann, wenn das Gesetz zu den Arbeiterräten verabschiedet wird, gleich aktiv werden zu können. »Wir haben Teile aus dem Gesetz der PCV in unser Statut übernommen«, so Martinez. Wie seinem Betrieb geht es auch anderen. So haben sich im Hotel Alba in Caracas ebenso Räte demokratisch gebildet wie im staatlichen Radio, sagt Wimmer. Hier werde der Vorschlag der Kommunisten so aufgefasst, als ob er schon Gesetz sei.

Auch anderswo verweisen Arbeiter auf die Unterstützung durch die PCV. Paolo Cumana, der gemeinsam mit einigen seiner Kollegen die Autoglas-Fabrik Vivex in Barcelona im Osten des Landes besetzt hält, sieht ebenfalls derzeit vor allem die Kommunisten als Unterstützer der Ziele von ihm und seiner Kollegen. Sie wollen, dass der Staat den Besitzer des Unternehmens enteignet, dann wollen sie in Verbindung mit der organisierten Volksmacht, also den umliegenden Consejos Comunales, die Kontrolle im Betrieb übernehmen. Die Zusammenarbeit funktioniere bereits gut, wenn nun noch Vivex endlich wieder in einem rechtlich einwandfreien Status unter Kontrolle der Produzenten selbst produzieren kann, dann kann die Arbeit vertieft werden, so Camona.

Diese Zusammenarbeit zwischen Produktion – die im Land im Norden Südamerikas, das vor allem Öl exportiert, nicht besonders bedeutsam ist – und den selbstorganisierten Nachbarschaften ist für die Vertiefung des Prozesses unerlässlich, soll wirklich die Macht im Sinne des Aufbaus des »kommunalen Staates« auf das organisierte Volk und insbesondere auf die Arbeiter übertragen wer-

den. Hierfür ist insbesondere auch ein Gesetz für die sogenannten Comunas nötig, in denen sich mehrere Consejos zu größeren Einheiten zusammenschließen können, die dann auch Teile der Produktion in der jeweiligen Region übernehmen. Auch dieses liegt vor und müsste noch vor der neuen Legislaturperiode verabschiedet werden, um den besonderen Status eines »organischen« Gesetzes zu bekommen.

Viele Probleme zu lösen

»Derzeit haben nicht die Arbeiter die Macht, sondern Chávez«, sagt Carolus Wimmer. Die Fixierung auf den Präsidenten ist nur eines der vielen Probleme, die nach Ansicht linker Kritiker in der PSUV wie auch der PCV bewältigt werden müssen. Die von der Opposition im Wahlkampf problematisierte Sicherheitsfrage gehört dazu. Dabei sind erste Erfolge zu vermelden. Im Armenviertel Catia der Hauptstadt Caracas wurde die Mordrate nach Regierungsangaben durch die neue nationale Polizei immerhin um 60 Prozent gesenkt. Es geht des weiteren immer noch um den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft im Land mit dem die Abhängigkeit vom Öl und dem Import insbesondere von Lebensmitteln verringert werden soll. Ein Schritt dahin wäre die Enteignung von Polar, die immer wieder von Aktivisten gefordert wird, da der Konzern den Lebensmittelmarkt des Landes maßgeblich kontrolliert. Da enteignete Unternehmer in Venezuela vom Staat ausgezahlt werden, dieser aber auch aufgrund der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Situation wenig Geld hat, dürfte das vorerst kaum gelingen.

Auch in Fragen der Korruption, die auch bei Mitgliedern der PSUV in staatlichen Funktionen grassiert, muss dringend etwas geschehen, wollen Chávez und seine Bewegung nicht noch mehr Vertrauen verlie-

Der Jugendverband der KP Venezuelas feiert mit Simon Bolívar und alten Kämpfern seinen 63. Geburtstag. Jugend-Sekretärin Janohi Rosas (Mitte im T-Shirt mit Che- Guevara-Konterfei) und ihre Genossen waren dazu auf den zentralen Platz in Venezuelas Hauptstadt direkt an der Nationalversammlung gekommen.

FOTO: OMAR GARCIA



ren. Die Kritik an diesen Auswüchsen des Prozesses kann die PCV derzeit von außen angehen – wobei sie durch Kader in der Verwaltung auch Lösungsvorschläge unterbreitet, so Wimmer. Wäre die ganze Partei vor drei Jahren dem Ruf in die PSUV gefolgt, was nur ein eher kleiner Teil tat, wäre die Kritik schwieriger zu artikulieren.

Deswegen ist es derzeit trotz des Verlusts an Einfluss in der Nationalversammlung für die PCV wohl die richtige Entscheidung gewesen, nicht in die PSUV einzutreten. Denn während die Kommunisten in der Einheitspartei vermutlich kaum wahrnehmbar wären, sind sie so zumindest immer wieder präsent und können ihre Sicht der Probleme und ihre Lösungsvorschläge darstellen. Das wird für die weitere Arbeit der Kommunisten in Venezuela unerlässlich sein. Aber auch für die Bolivarische Revolution. ☺

HELGE BUTTKEREIT (geb. 1976) ist freier Journalist, Publizist sowie Autor des Buches »Utopische Realpolitik – Die Neue Linke in Lateinamerika« (Verlag Pahl-Rugenstein Nachfolger) und war während der venezolanischen Parlamentswahl in der Hauptstadt Caracas als Korrespondent vor Ort. Er lebt und arbeitet an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste.